

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten René Springer, Martin Hebner, Jürgen Pohl,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/22545 –

Für eine langfristig tragfähige Sozial- und Arbeitsmarktpolitik – Ressourcen nachhaltig sichern

A. Problem

Die Fraktion der AfD kritisiert mit Blick auf das Rentensystem, dass Deutschland seit mindestens 40 Jahren zu wenige Kinder hervorgebracht habe. Wenn diese erwachsen würden, könnten sie zudem zum Teil nur geringe Beiträge zahlen. Dies sei auch das Ergebnis der nicht nachhaltigen Familienpolitik der letzten 50 Jahre. Auch die Einwanderung der letzten fünf Jahre werde das Rentenproblem nicht lösen.

B. Lösung

Die antragstellende Fraktion fordert u. a. einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Entbürokratisierung der Sozialversicherungs- und Sozialleistungen durch Digitalisierung und Vereinfachung der Verfahren. Ferner seien die mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz eingeführten Vorschriften aufzuheben, die gegenüber dem vorherigen Gesetzesstand eine Erweiterung beziehungsweise Vereinfachung der Zuwanderung aus Drittstaaten ermöglichten. Mit einem weiteren Gesetzentwurf solle die Bundesregierung den Zugang zu Leistungen des deutschen Sozialleistungssystems für EU-Bürger begrenzen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/22545 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Matthias W. Birkwald
Stellvertretender Vorsitzender

Johannes Vogel (Olpe)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Johannes Vogel (Olpe)

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/22545** ist in der 176. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. September 2020 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Beratung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion führt aus, dass ein solidarisch finanziertes Sozialversicherungssystem langfristig nur Bestand haben werde, wenn sich innerhalb der Solidargemeinschaft alle angemessen an der Finanzierung beteiligten und die Beitragszahler dieses System hinsichtlich seiner Balance von Beiträgen und Leistungsgewährung als fair wahrnehmen. Der Solidargedanke werde sich langfristig nur in einer Gruppe mit zumindest ähnlichem Wertesystem erhalten lassen; diese Gruppe werde im Interesse des eigenen Erhalts immer eine Begrenzung des Zugangs erfordern, heißt es weiter in dem Antrag. Nähmen die Beitragszahler das System als nicht (mehr) fair wahr, würden sie nach Wegen aus diesem System suchen. Hätten die Sozialversicherungen zu wenige Beitragszahler mit hohen Beitragszahlungen, würden sie ihre Leistungen einschränken müssen, zumindest dann, wenn der Staat nicht mehr durch Zuschüsse aushelfen könne.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat über den Antrag auf Drucksache 19/22545 in seiner 131. Sitzung am 9. Juni 2021 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung empfohlen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Johannes Vogel (Olpe)

Berichterstatter

